

## KOLUMBIEN IM AUGEN DES HURRIKAN

Eduardo Pizarro Leongómez

Die Herstellung des Friedens in Kolumbien ist unabdingbar, damit sich das Land den Herausforderungen des neuen Jahrtausends stellen kann. Die Gewalt mit ihren vielen Facetten (Straßenkriminalität, organisiertes Verbrechen, Guerilla, Selbstverteidigungsgruppen und die Verbindung von Paramilitärs und Drogenhandel im ländlichen Raum) wirkt sich negativ auf alle Bereiche des Lebens aus. Nach Gabriel Gaspar wird in Kolumbien derzeit der gewalttätigste Konflikt ganz Lateinamerikas ausgetragen. Ganz gleich welchen Indikator man heranziehe (die Zahl der am Konflikt Beteiligten, der Toten und Vertriebenen, Zahl und Tragweite der Auseinandersetzungen oder die Bandbreite der militärischen Operationen etc.), komme man zu dem Ergebnis, dass Kolumbien alle anderen regionalen Konfliktfelder bei weitem übertreffe (Gabriel Gaspar 1998: 3).<sup>1</sup>

Aufgrund dessen hat sich die Berichterstattung der internationalen Presse über Kolumbien und der Versuch, die dortige Situation zu bewerten, enorm verstärkt. Einige Journalisten sind der Ansicht, hier handle es sich um nicht mehr und nicht weniger als ein „lateinamerikanisches Vietnam“, andere deuten die Vorzeichen der Krise als Wiederauflage des Krieges in Bosnien oder als das „nächste Kosovo“<sup>2</sup> (La Nación 1999 und Shifter/

<sup>1</sup> In einem Artikel der US-amerikanischen Außenministerin, Madeleine Albright, in der New York Times wird das große Interesse der USA an „jenem problematischsten Land Lateinamerikas“ hervorgehoben, das besonders deutlich geworden sei durch „den Tod von fünf US-amerikanischen und zwei kolumbianischen Soldaten bei einem Flugzeugabsturz während eines Einsatzes im kolumbianischen Drogenkrieg“ (vgl. die spanische Übersetzung in El Clarín, 11. August 1999).

<sup>2</sup> Aus gut informierten argentinischen Diplomatenkreisen ist zu hören, dass Kolumbien zum „nächsten Kosovo“ werden könnte, d.h. zu einer Region, in der auswärtige Truppen zur Lösung einer internen Krise hinzugezogen werden. Dies bezweifeln wiederum andere Experten, da in Kolumbien die US-amerikanische Kosovo-Strategie des Luftkriegs ohne eigene menschliche Verluste in Ermangelung eindeutiger militärischer Ziele nicht zur Anwendung kommen könne.

Herrera 1999). Hier stellt sich die Frage, inwiefern solche Einschätzungen angemessen sind. Ausgehend von der strategischen Rolle des Landes versuche ich in der folgenden kurzen Abhandlung eine Synthese der Position US-amerikanischer Regierungskreise in Bezug auf Kolumbien zu geben, sowohl im Hinblick auf einen möglichen Friedensprozess als auch auf eine Eskalation der Ereignisse mit internationaler Militärpräsenz. Es steht außer Zweifel, dass sich die Verwundbarkeit Kolumbiens nach außen in den letzten zwei bis drei Jahren um ein Vielfaches erhöht hat. Es ist auf die Wahrnehmung Washingtons zurückzuführen, dass dieses Land einen Unsicherheitsfaktor für die gesamte westliche Hemisphäre darstellt. In dem Andenstaat tickt eine menschliche Zeitbombe. Da sich dies auch in konkrete Politik übersetzt, soll hier ebenfalls eine Überprüfung der, wie ich sie bezeichne, „zweispurigen Politik“ der USA gegenüber Kolumbien unternommen werden.

## 1. Eine regionale Bedrohung

Kolumbien befindet sich im Auge des Hurrikan. Ein Beleg hierfür sind verschiedene hochrangige Tagungen, die in den Vereinigten Staaten stattfanden und den bewaffneten Konflikt in Kolumbien zum Thema hatten. Drei dieser Veranstaltungen wurden von militärischen Einrichtungen organisiert. Die erste fand vom 18. bis 19. Mai 1998 in Fort McNair (Washington) statt, dem Hauptsitz der Universität der nationalen Verteidigung. Die zweite wurde in den ersten Dezembertagen des gleichen Jahres in der Kriegsakademie des Carlisle-Heeres (Pennsylvania) abgehalten und die dritte Tagung schließlich im Mai 1998 in Washington vom CIA ausgerichtet.

Der negative Eindruck des kolumbianischen Konflikts schien sich in dem Zeitraum zwischen den beiden ersten Tagungen verschärft zu haben. Während Kolumbien auf der ersten Konferenz in Washington von der internationalen Gemeinschaft lediglich als „Problem-Land“ wahrgenommen wurde, schien sich das Land in Carlisle in einen schweren Destabilisierungsfaktor regionaler Sicherheit verwandelt zu haben (Marcella/Schulz 1999).<sup>3</sup> Das nächste Treffen in Washington hatte wiederum einen gänzlich anderen Charakter, da es hier nicht um die Bewertung der Auswirkungen des kolumbianischen Konfliktes auf die internationale oder regionale Sicherheit ging, sondern um einen Entwurf möglicher Zukunftsszenarien für das Land. Dennoch herrschte regelrechte Katastrophenstimmung: alle Szenarien außer „Friedensschluss“ („totaler Krieg“, „Fortdauern des Konflikts“ und „Balkanisierung“) offenbarten den vorherrschenden Pessimismus

<sup>3</sup> Vgl. auch die Übersetzung in *Análisis Político*, Nr. 37, Mai-August 1999, Bogotá.

in Bezug auf die Zukunftsperspektiven des Landes. So ist es nicht verwunderlich, dass in einigen nordamerikanischen Kreisen offen über die Möglichkeit eines mittelfristigen Zusammenbruchs des kolumbianischen Staates gesprochen wird.

Diese besorgniserregende Perspektive spiegelt die bedenkliche Lage des Landes wider. Wenn die öffentliche Ordnung weiter untergraben wird, besteht die Gefahr, dass sich die Situation weiter verschlimmert und sowohl regionale als auch internationale Auswirkungen haben könnte. Seit einiger Zeit versichern verschiedene nordamerikanische Beamte, wie z. B. General Charles Wilhelm – Kommandeur des Truppenverbands Süd mit Sitz in Miami – dass Kolumbien derzeit das größte Sicherheitsproblem der westlichen Hemisphäre darstellt – vor Kuba, das seit 1962 immer als größte Bedrohung angesehen worden war. Hierdurch erklärt sich die enorme strategische Bedeutung der kolumbianischen Friedenspolitik.

## 2. Eine verwundbare Nation

Kolumbien ist in weitaus größerem Maße der Gefahr einer internationalen Intervention ausgesetzt als alle anderen Länder der Region. Es ist das einzige Land Lateinamerikas, das es in der Zeit des Kalten Krieges nicht geschafft hat, den *Counterinsurgency*-Konflikt als drängendstes Problem jener Zeit zu lösen<sup>4</sup>, sich aber gleichzeitig bereits den großen Herausforderungen der neunziger Jahre stellen muss (Demokratisierung, Menschenrechte, städtische Kriminalität, Korruption, Armutsbekämpfung, Umwelt, Binnenmigration). Diese Überlappung alter und neuer Probleme erhöht in erheblichem Maße die innere und äußere Verwundbarkeit des Landes, die noch durch geographische und doktrinäre Ursachen verstärkt wird. Zum einen durch die komplexe geopolitische Lage Kolumbiens: als Karibik- und Pazifik-Anrainer, Amazonas- und Panamakanal-Anlieger, Andenstaat und aufgrund seiner unmittelbaren Nähe zur venezolanischen Erdölindustrie. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die nordamerikanische Konzeption des *mare nostrum* sich mittlerweile nicht mehr nur auf die Karibik und Zentralamerika bezieht, sondern bis in den Andenraum ausgeweitet wurde (Tokatlíán 1999). Zum anderen handelt es sich bei den Grenzen Kolumbiens zu seinen Nachbarn nicht in erster Linie um „lebendige Grenzen“ – d.h. besiedelte oder von wirtschaftlichen Austauschbeziehungen geprägte<sup>5</sup> – sondern um tote Grenzen, die den Akteuren des

<sup>4</sup> Obwohl in Peru noch einige versprengte Einheiten des *Sendero Luminoso* fortbestehen, ist diese Bewegung mittlerweile extrem geschwächt. Im Fall der mexikanischen Zapatisten handelt es sich um eine Guerilla *sui generis* aus der Zeit nach dem Kalten Krieg.

<sup>5</sup> Außer in einigen Grenzgebieten zu Venezuela und Ecuador mit regem Warenhandel und kulturellem Austausch zwischen den Bewohnern ist der übrige Grenzverlauf durch kaum besiedelte Urwaldgebiete geprägt (so fast die gesamte Grenze zu Brasilien, Panama und Peru).

bewaffneten Konfliktes als sichere Rückzugsgebiete dienen und auch für den illegalen Waffen- und Drogenhandel missbraucht werden. Schließlich macht auch der doktrinäre Wandel von der nationalstaatlichen Autonomie hin zu einem humanitären Interventionsrecht aus Kolumbien einen potenziellen Kandidaten für eine Einmischung der internationalen Völkergemeinschaft (Ramírez 1994). In Kolumbien findet sich derzeit eine der höchsten Kriminalitätsraten weltweit (75 Mordfälle auf 100.000 Einwohner) und auch die Vertreibung der eigenen Bevölkerung hat mit über einer Million Menschen im letzten Jahrzehnt extreme Ausmaße angenommen.

### 3. Der totale Zusammenbruch des Staates?

Die führenden Weltmächte zweifeln an der Fähigkeit einiger Länder, v.a. der sogenannten Dritten Welt, eine „positive Souveränität“ auszuüben. Hierunter ist die Ausübung der eigenen Regierungsgewalt über das gesamte Staatsgebiet zu verstehen. Die Fähigkeit dieser Länder zur Lösung der eigenen Probleme wird in Frage gestellt – so auch in Kolumbien.

Wie oben bereits erwähnt, wurde die Zukunft des Landes bereits in mehreren Artikeln mit dem Krieg in Bosnien oder im Kosovo verglichen, in anderen Fällen sogar mit dem Vietnamkrieg. Beide Vergleiche sind meiner Ansicht nach nicht angebracht. Weder ein ethnischer Konflikt noch ein Krieg, der durch eine Instrumentalisierung anderer Nationen zur direkten Auseinandersetzung der beiden Supermächte in der Zeit des Kalten Krieges geführt hat, sind zum Vergleich mit dem kolumbianischen Fall geeignet. Dennoch ist es besorgniserregend, dass diese Visionen ein solch großes Echo in der Weltpresse finden und einen derartig starken Einfluss auf weite Kreise des politischen und militärischen Establishments in Washington haben (Zackrisson/Bradley 1997).

In jenen Kreisen ist es zur schönen Gewohnheit geworden, über den mittelfristigen Zusammenbruch des kolumbianischen Staates zu spekulieren. Was ist hierunter genau zu verstehen? In nordamerikanischen Fachzeitschriften, besonders in militärischen, liest man von Mustern des „totalen Staatszusammenbruchs“, exemplarisch dargestellt an Ländern wie Somalia, Afghanistan, Bosnien-Herzegovina und dem Libanon. In allen vier Fällen wurden neun zentrale Charakteristika ausgemacht: starker Bevölkerungsdruck und massive Flüchtlingsproblematik, ein mit ethnischer Segmentierung verbundenes Wirtschaftswachstum, eine lange Tradition der Rachefeldzüge und Repressalien, eine Delegitimierung des Staates und schwere Wirtschaftskrise, die fortschreitende Verschlechterung oder das völlige Verschwinden öffentlicher Institutionen, die Unfähigkeit zur

Einhaltung der Gesetze und schließlich die Existenz von Sicherheitsapparaten als Staat im Staate (Baker/Ausink 1996).

Obwohl tatsächlich einige dieser Charakteristika derzeit auch auf Kolumbien zutreffen (z. B. die brutale Vertreibung großer Bevölkerungsteile vom Land in die Städte oder die Existenz mächtiger Todesschwadronen), gibt es doch einen signifikanten Unterschied: in den vier genannten Fällen existierten starke kollektive Identitäten ethnischer, linguistischer, religiöser oder ideologischer Art. In Kolumbien gibt es diese Elemente nicht. Es ist deshalb unserer Ansicht nach sehr unwahrscheinlich, dass es zu einem echten Bürgerkrieg kommt. Es besteht allerdings das Risiko, dass durch ein Andauern oder insbesondere eine Vertiefung des Zustands allgemeiner sozialer Unordnung mittelfristig die institutionelle Stabilität des Landes sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht weiter in Frage gestellt werden kann (Pécaut 1999, Castañeda 1999).

Problematisch ist also weniger, dass derartige Katastrophenszenarien die kolumbianische Realität nicht angemessen widerspiegeln, als dass diese den in einflussreichen politischen und wirtschaftlichen Kreisen der USA bereits bestehenden negativen Eindruck weiter unterfüttern. Obwohl sich das Zentrum für Entscheidungen zu Kolumbien bereits vom Antidrogenzar in Richtung Außenministerium verschoben hat, bemühen sich sowohl der Zirkel der republikanischen Rechten im Kongress als auch die „Falken“ im Pentagon und im Kriegsministerium darum, ihren Einflussbereich zu vergrößern. Obwohl zur Zeit unter der Ägide des Außenministeriums noch die Unterstützung für eine Verhandlungslösung in Kolumbien dominiert, werden in Washington doch zusehends Stimmen lauter, die für eine militärische Lösung des Konflikts eintreten.

#### 4. Eine „zweispurige“ Politik

Die zunehmende Besorgnis über die Situation in Kolumbien schlägt sich derzeit bei den politischen und militärischen Entscheidungsträgern der USA in einer Politik nieder, die man als „zweispurig“ bezeichnen könnte. Auf der einen, zur Zeit dominierenden und vom Außenministerium geförderten Spur, werden besonders die Friedensinitiativen der Regierung Pastrana unterstützt. Ihren Ausdruck fand diese Entwicklung bei dem Treffen des Stellvertretenden Staatssekretärs für den Andenraum, Philip Chicola und dem Beauftragten für Internationale Angelegenheiten der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens *FARC*, Raúl Reyes. Auf der anderen, unter der Ägide des Verteidigungsministeriums vorangetriebenen Spur, sucht man Militär und Polizei zu stärken und neu zu organisieren. Der beste Beweis für diese Politik ist das in Cartagena am 1. Dezember 1998 auf der dritten halbjährlichen Konferenz der amerikanischen Verteidigungs-

minister zwischen dem US-Verteidigungsminister William Cohen und seinem kolumbianischen Kollegen Rodrigo Lloreda unterzeichnete Kooperationsabkommen. Auch wenn einige Experten der Meinung sind, dass die Wahrnehmung dieser „zweispurigen“ Politik die uneinheitliche Politik Washingtons überbewertet, bestärkt mich ein in der New York Times veröffentlichter Artikel der ehemaligen US-Außenministerin Madeleine Albright in meiner Sicht der Dinge: „Nach dreißig Jahren des Kampfes dürfte offensichtlich geworden sein, dass eine entscheidende militärische Lösung unwahrscheinlich ist. Präsident Pastrana hatte Recht mit der Aufnahme der Friedensgespräche: die Frage ist heute, ob die Kombination von Druckmitteln und Anreizen noch imstande ist, eine Antwort der Guerilla herbeizuführen“ (El Clarín 11.8.1999).<sup>6</sup>

Welches sind die Grundlagen für die Unterstützung durch die USA? Wie man weiß, liegt Kolumbien seit 1999 hinter Israel und Ägypten auf dem dritten Platz als Empfänger US-amerikanischer Militärhilfe. Offiziell handelte es sich hier 1999 um knapp 300 Millionen US-Dollar. Nach Aussage des von Robert White (dem ehemaligen Botschafter in Paraguay und El Salvador) geleiteten *Center for International Policy* könnte sich dieser Betrag durch verschiedene weitere Finanzierungsquellen noch bis auf 400 Millionen Dollar erhöhen.

Trotz des Regierungswechsels in Kolumbien – von Ernesto Samper zu Andrés Pastrana – haben nordamerikanische Beamte bis vor kurzem weiterhin betont, dass der Kampf gegen den Drogenhandel nach wie vor die bilaterale Agenda zwischen Washington und Bogotá beherrschen wird. Sie hoben hervor, dass man dem kolumbianischen Wunsch, die diplomatische Agenda zwischen den beiden Staaten auf einen „Entzug“ von der Drogenproblematik zu setzen, noch nicht nachkommen könne, und der Löwenanteil der Unterstützung deshalb für den Kampf gegen den Drogenhandel der Polizei zugeteilt werden müsse. Trotz des Widerstands weiter Kreise in den USA, die eine Beteiligung an der politischen und militärischen Auseinandersetzung in Kolumbien ablehnen, zeichnet sich allmählich eine direkte Beteiligung im Kampf gegen die Guerilla ab. In einflussreichen Kreisen der Vereinigten Staaten wird der kolumbianische Konflikt aufgrund der pragmatischen Beziehung zwischen Guerilla und Drogenhandel als „ambivalenter Krieg“ bezeichnet. Dies wiederum dient als Grundlage, den Kampf gegen den Drogenhandel mit dem Kampf gegen die Guerilla in Beziehung zu setzen. Wie einige Referenten auf dem

---

<sup>6</sup> Die Außenministerin sicherte außer der militärischen und politischen Unterstützung auch Wirtschaftshilfe zu: „(...) jeder Staat, der Kolumbien bei der Bekämpfung des Drogenhandels oder im Friedensprozess unterstützt, wird auch dazu beitragen wollen, dass sich das Land wirtschaftlich erholt. Die USA haben sich mit dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und anderen Partnern verständigt, um hier die notwendige Unterstützung sicherzustellen“ (El Clarín, 11.8.1999).

Treffen in Carlisle hervorgehoben haben, ist die Guerilla für die anfallenden Kosten verantwortlich, wenn zwischen ihr und dem Drogenhandel irgendeine Art der Verbindung bestehen sollte.

Eine der ersten Folgen der Wahrnehmung eines solchen „ambivalenten Krieges“ ist wahrscheinlich die Schaffung einer auf die Drogenbekämpfung spezialisierten Einheit der Armee gewesen. Diese besteht aus 1.000 Männern, Artillerie-Hubschraubern und Nachtsichtgeräten<sup>7</sup> (Downes 1999). Das Ziel dieses Bataillons<sup>8</sup> – dessen Training auf dem Militärstützpunkt von Tolimaida stattfand und das auf dem Stützpunkt Tres Esquinas im Süden des Landes beheimatet sein wird – ist, zumindest auf dem Papier, die Unterstützung der Polizei bei der Vernichtung der Kokafelder im *departamento* Putumayo, das an Ecuador und Peru grenzt. Dieses *departamento* hat zur Zeit grundlegende geostrategische Bedeutung sowohl für die Paramilitärs, die sich um die Selbstverteidigungsgruppen Kolumbiens *Autodefensas Unidas de Colombia* (AUC) scharen, als auch für die FARC. Die beiden bewaffneten Apparate haben sich das Gebiet Putumayo untereinander aufgeteilt und stellen die einzig wahre Macht in dieser Gegend. Dank des ausgedehnten Kokaanbaus und der Labors zur Weiterverarbeitung zu Kokains, beziehen sie hier den größten Anteil ihrer finanziellen Mittel. Da außerdem im Grenzgebiet zwischen Kolumbien, Ecuador und Peru bis vor kurzem keine tatsächliche staatliche Kontrolle durch eines der drei Länder stattfand, konnte sich hier ein zügelloser Drogen- und Waffenhandel etablieren.

Im Verlauf des letzten Jahres hat sich die US-amerikanische Politik gegenüber Kolumbien dann schrittweise ins Gegenteil verkehrt. Nach der Schaffung des Antidrogen-Bataillons für Putumayo ist es nur noch ein letzter Schritt zu einer direkten militärischen Unterstützung im Kampf gegen die Guerilla. In den Worten des Antidrogenzars Barry McCaffrey, „...handelt es sich hier um einen Notfall. Kolumbien befindet sich in einer enormen Krise. Die zu einem Großteil von Geldern des Drogenhandels finanzierten FARC, ELN und die Paramilitärs gefährden die Demokratie und es ist unsere Pflicht, Armee und Polizei mit den zur Bekämpfung notwendigen

<sup>7</sup> Die US-amerikanische Regierung zog es vor, diese und zwei weitere, noch in Vorbereitung befindliche, militärische Truppen einzurichten, anstatt die Unterstützung bereits existierender Verbände zu wagen, da diese durch das *Leahy Amendment* hätte blockiert werden können. Dieser Verfassungszusatz verbietet die finanzielle Unterstützung jedweder Teile ausländischer Sicherheitskräfte für den Fall, dass das Außenministerium über Indizien verfügt, die einen Menschenrechtsverstoß dieser Einheiten belegen, mit der Ausnahme, dass das Ministerium die Haushaltskomitees darüber informiert, wenn die fragliche Regierung entsprechende Maßnahmen ergreift, um die jeweiligen Verantwortlichen vor Gericht zu bringen.

<sup>8</sup> Die Offiziere, die das Antidrogen-Bataillon ausbilden, gehören zur siebten Gruppe der Spezialeinheiten mit Sitz in Fort Bragg, North Carolina, und bieten eine Einführung in Fragen des Sicherheitsdienstes, der Kommunikation und militärischen Aufklärung, bei Fluss-Manövern und dem Gebrauch von Mörsern (Roher 1999).

Mitteln zu unterstützen" (El Tiempo 17. Juli 1999). Dieser Perspektivenwechsel findet seinen Ausdruck in dem umstrittenen *Plan Colombia*, der vom US-amerikanischen Kongress verabschiedet wurde. Hauptbestandteil der dafür vorgesehenen 1,3 Milliarden US-Dollar ist der Kampf gegen den Drogenhandel und dadurch auch gegen die Untergrundbewegungen. Wie kürzlich aus dem Weißen Haus und dem Außenministerium in einem langen Interview mit der *Washington Post* verlautbart wurde, „...ist es fast unmöglich, die Drogenfelder zu vernichten, ohne vorher den Kampf mit der Guerilla und den Paramilitärs aufzunehmen, die praktisch alle Drogenanbaugebiete des Landes unter Kontrolle haben. Die Polizei, ganz gleich über wie viele Hubschrauber sie verfügt, ist in ihren kämpferischen Fähigkeiten eingeschränkt. Dies ist eine Arbeit für die Armee.“<sup>9</sup>

## 5. Die Militarisierung der Grenzen

Die geostrategische Bedeutung dieser Südgrenze für die diversen bewaffneten Akteure, die die zentralstaatliche Autorität herausfordern, erklärt den Druck, den der Stellvertretende Staatssekretär für die westliche Hemisphäre, Peter Romero, auf die Regierungen Ecuadors und Perus ausgeübt hat, damit diese ihre Truppen von der gemeinsamen Grenze (nach der Beendigung des dort stattfindenden Konflikts) an die kolumbianische Grenze verlagern. Im Laufe der letzten zwei Jahre sind in dieser weitläufigen Region eine Art von „Schaubühnen militärischer Operationen“ entstanden, wie sie das venezolanische Militär bereits seit einigen Jahren betreibt. Die Hinrichtung dreier nordamerikanischer Vertreter für indigene Rechte auf venezolanischem Gebiet durch die *FARC* haben die regionale Besorgnis in Sicherheitsfragen ohne Zweifel weiter verstärkt.

Die Truppenverschiebung in Ecuador und Peru hat in erster Linie nationale Motive. Auf der einen Seite verfügen beide Länder, im Vergleich zu Staatsgebiet, Bevölkerung und Wirtschaftskraft, über unverhältnismäßig große Militärapparate, die sich von einem in Folge des Grenzkonfliktes entstandenen, überbordenden Nationalismus nähren. Auf der anderen Seite sind dies Institutionen, die auf eine lange Tradition des Putsches zurückblicken. Aus diesem Grund, entschieden sich die früheren Regierungen Fujimoris und Mahuads nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens

---

<sup>9</sup> El Tiempo, 11. Juli 1999. Der Absturz des US-amerikanischen Spionageflugzeugs vom Typ DCH-7 im *departamento* Putumayo am 23. Juli 1999 offenbarte den Grad der Beteiligung der USA. Bereits einen Monat vorher brachte eine Kongressstudie des *Government Accounting Office* ans Licht, dass Washington im März des gleichen Jahres mit der Erforschung der Guerillaaktivitäten durch den Sicherheitsdienst begonnen hatte. Mittels hochtechnisierter Elektronikanlagen und Infrarotgeräten spüren diese DCH-7 Flugzeuge, die auch im Kosovo eingesetzt wurden, Guerillabewegungen auf und ermitteln deren Funkverbindungen. Die Rettungsaktion für das abgestürzte Flugzeug wurde vom Pentagon und dem Militärstützpunkt Francisco Orellana in Ecuador aus koordiniert (Barón 1999).



zur endgültigen Lösung des Grenzkonfliktes dafür, ihre Streitkräfte an die kolumbianische Grenze zu schicken. Dies nicht nur, um jene potenziellen Mitbewerber fern von der politischen Arena in Lima und Quito zu halten, sondern um die eigene „Konflikt-Hypothese“ neu zu definieren – d.h. um die strategische Rolle in der jeweiligen Gesellschaft aufrecht zu erhalten.<sup>10</sup> Die konfliktreiche kolumbianische Grenze hat sich zu diesem Zwecke als idealer Vorwand erwiesen. Dies soll nicht heißen, dass es sich hier um eine rein aus innenpolitischen Gründen getroffene Entscheidung handelt. Zweifellos, ist der Handel mit Waffen, Drogen und Produkten zur chemischen Weiterverarbeitung der Drogen in den letzten Jahren stark angestiegen. Ebenso haben sich die Angriffe der kolumbianischen Guerillagruppen auf die Militärverbände des einen oder anderen Landes verstärkt, wie auch Übergriffe von Seiten der Paramilitärs und Guerilleros, die diese dünn besiedelten Gebiete als sichere Rückzugs- und Erholungsgebiete ansehen.

Diese Fragen standen auf der XVII. Internationalen Konferenz zur Drogenkontrolle Ende März 1998 in Washington im Mittelpunkt der Diskussionen. Dort bekräftigte Jorge Villaroel Merino, Generalkommandeur der ecuadorianischen Polizei, „dass eine sehr bedeutende Infiltration der Guerilla und der *narcoguerrilla* im gesamten Grenzverlauf zu beobachten sei, in den Provinzen Carche und Esmeraldas. Eine recht große Anzahl erteilt von Ecuador aus Befehle und erlässt Verfügungen, berät Techniker der Erdölfördergebiete in Bezug auf Entführungen und nutzt Ecuador als Schutzzone. Weil uns dies Kopfschmerzen bereitet, haben wir die Vereinigten Staaten um Hilfe gebeten“ (El Tiempo, 28. April 1999).<sup>11</sup> Die Hilfe Washingtons hat sich zwischenzeitlich in der Entsendung von Militärberatern zur Ausbildung der Truppen in der *Escuela de la Selva* der ecuadorianischen Armee in El Coca niedergeschlagen (El Clarín, 16.8.1999).

---

<sup>10</sup> Die peruanischen Experten geben außerdem zu bedenken, dass Fujimori vor seiner als wahrscheinlich anzusehenden dritten Wiederwahl – deren Weg durch eine Verfassungsänderung vor zwei Jahren vorbereitet wurde – das starre „Glasdach“ der 30% seiner Anhängerschaft durchbrechen musste. In solchen Fällen wird häufig auf Akte nationalistischer Rückbesinnung zurückgegriffen. Auf der anderen Seite sind die Experten der Meinung, dass Fujimori bewusst das *Colegio Interamericano de Defensa* in Washington als Schauplatz für die Militarisierung der Grenzen ausgewählt habe, um zu demonstrieren, dass er im Gegenzug für eine Finanzhilfe zur Überwindung der aktuellen Wirtschaftskrise der ideale Verbündete im Kampf gegen Drogen und Terrorismus sei. Tatsache ist, dass der Wirtschaftsminister, Victor Joy Way, genau in diesen Tagen zu diversen Treffen mit der Weltbank und dem Währungsfonds in der US-amerikanischen Hauptstadt weilte.

<sup>11</sup> Bei diesem Treffen versicherte der Antidrogenzar Barry McCaffrey, dass die *FARC* nicht nur „eine Bedrohung für die demokratischen Institutionen Kolumbiens sei, sondern auch für alle in der Region“ und der Leiter der *DEA*, Thomas Constantine, endete mit der Bestätigung, dass „alle in der Region sehr besorgt seien, über die Aktivitäten der *FARC*“. 1999 bemerkte der peruanische Präsident Fujimori in einem ausführlichen Interview, dass die kolumbianische Guerilla eine „kontinentale Bedrohung“

Wie man weiß, versammelte Fujimori zu Beginn des Jahres 1999 nach der Bekanntgabe der Truppenverschiebung an die kolumbianische Grenze (1.626 km) im *Colegio Interamericano de Defensa* in Washington eilig den Verteidigungsrat<sup>12</sup> und delegierte diese Aufgabe an seinen zwielichtigen und einflussreichen Berater in Verteidigungsangelegenheiten, Vladimiro Montesinos. Die schwachen Polizeistationen wurden daraufhin am gesamten Putumayo-Fluss, der die beiden Länder trennt, innerhalb der von Fujimori als Gegenmaßnahmen zu Drogenhandel und Guerillaaktivitäten angekündigten „strategischen Präventivmaßnahmen“ durch bedeutende Militärverbände ersetzt.<sup>13</sup> Hierfür existiert bereits ein Ausbildungstützpunkt in Iquitos, auf dem eine beträchtliche Anzahl nordamerikanischer Militärberater stationiert ist. Peru plagen hier zwei Sorgen: am Oberlauf des Putumayo operiert die *Frente 48* der *FARC*, deren über 300 km großer Einflussbereich sich von Puerto Asís bis nach Monclart ausdehnt. Diese Front, die das wichtigste Drogenanbaugebiet im Süden des Landes besetzt, stellt die wirtschaftliche Festung der Südfront der *FARC* dar. Am unteren Putumayo, in der peruanischen Ortschaft Estrecho, befindet sich der größte Markt für Kokapaste im gesamten Gebiet (El Espectador, 14. November 1999).

Ein ähnlicher Militarisierungsprozess zeichnet sich an der Grenze zu Panama und Brasilien ab, auch wenn dies in beiden Fällen auf ganz bestimmte Umstände zurückzuführen ist. Im Falle Panamas ging es um nicht weniger als den Rückzug der nordamerikanischen Truppen, die sich noch im Land befanden. In den ersten Monaten des Jahres 1999 versicherte General Charles Wilhelm der Öffentlichkeit mit Nachdruck, dass Panama nicht in der Lage sei, die Sicherheit der Kanalzone angesichts der zunehmenden Präsenz der *FARC* im Grenzbereich zu garantieren. Diese Erklärungen wurden als eindeutiger Wunsch Washingtons ausgelegt, die eigenen Truppen weiterhin im Isthmus stationiert zu lassen.<sup>14</sup> Als Reaktion darauf sandte die Regierung Panamas 1.500 Mitglieder der Grenzpolizei in dieses Gebiet, um die eigene Fähigkeit zur Absicherung der Grenze zu

darstelle (El Espectador vom 11. Juli 1999).

<sup>12</sup> Dieser Rat setzt sich zusammen aus dem Staatspräsidenten, dem Verteidigungs- und Innenminister sowie dem Generalkommandeur der Streitkräfte.

<sup>13</sup> Der ehemalige Verteidigungsminister, Rodrigo Lloreda, betonte als Reaktion auf die überraschende Entscheidung Fujimoris, die Notwendigkeit eine solche Militärpräsenz in ein Kooperationsabkommen einzubinden, „...wie es derzeit bereits mit Venezuela besteht und sehr gut funktioniert und darüber hinaus zu einem gewissen Zeitpunkt eine Ausweitung dieser Zusammenarbeit von der Polizei auf die Streitkräfte erlauben wird, zur besseren Kontrolle der Grenze und zur Vermeidung institutioneller Verwirrung“ (El Espectador, 9. Februar 1999).

<sup>14</sup> Einige Monate vorher hatte der Präsident des *Subcomité de Justicia Criminal y Políticas Antidrogas* des Repräsentantenhauses versichert, dass er „...offen gestanden besorgt sei, weil die *FARC* (...) für eine Instabilisierung Panamas sorgen könnten und die USA dann in naher Zukunft unter großen Kosten und Opfern nach Panama zurückkehren müssten, um die Sicherheit des Kanals und die nationalen Interessen zu schützen“ (El Espectador, 5. Mai 1999).

Kolumbien unter Beweis zu stellen. Darüber hinaus kündigte die gewählte Präsidentin Mireya Moscoso Verhandlungen mit verschiedenen Ländern, darunter auch den USA, über den Kauf von Waffen zur Verstärkung der Bewachung der Grenze an (El Tiempo, 9. August 1999). Im Falle Brasiliens handelt es sich um ein Problem, das sowohl mit dem Drogenhandel als auch mit der Guerrilla in Verbindung steht. Beides schlägt sich in der Verstärkung des im südlichen Amazonas im Grenzgebiet zu Kolumbien gelegenen Militärstützpunktes von Tabatinga und in der Installation von Radargeräten im gesamten Grenzverlauf von über 1.600 km nieder. Die Ankündigung des argentinischen Präsidenten Menem, Truppen einer eventuell aufzustellenden Interamerikanischen Armee auch nach Kolumbien zu schicken, löste allerdings auch in Brasilien eine Welle der Besorgnis aus.<sup>15</sup> Die brasilianische Regierung brachte wiederholt ihre kategorische Ablehnung einer Militärintervention und die tiefe Beunruhigung bezüglich einer argentinischen Einmischung in die eigenen Grenzangelegenheiten zum Ausdruck. Die größte Nation Lateinamerikas, die sich ihren historischen Sinn für Geopolitik bewahrt hat, brachte daraufhin intensive diplomatische Bemühungen auf den Weg, um die argentinische Regierung von der Einmischung in den brasilianischen „Einflussbereich“ abzubringen. Der Druck hatte Erfolg. Nach einem Treffen zwischen Kanzler Guido Di Tella und dem brasilianischen Botschafter in Buenos Aires sagte die argentinische Staatskanzlei inoffiziell zu, die Vorkommnisse zwischen den Ländern des Cono Sur zu respektieren: „Brasilien hat immer respektiert, dass unsere Konflikte mit Chile unsere Angelegenheit sind und nicht die ihrige, weil die Grenze eben zu Argentinien gehört. In diesem Falle ist die kolumbianische Grenze eine Angelegenheit Brasiliens“. Von Regierungsseite wurde außerdem hinzugefügt, dass ein eventueller diplomatischer Vorstoß Brasiliens und nicht Argentiniens ausgehen müsse. Auf eine solche Lösung müsse außerdem „zügig und ohne Unterbrechung“ hingearbeitet werden, bevor es zu einer militärischen Intervention komme (La Nación, 27. Juli 1999).

Eine Antwort auf die Frage, ob sich außer der Guerilla und den Drogenhändlern auch kolumbianische Paramilitärs in dieser Gegend befänden, käme verfrüht, trotz vielerlei Indikatoren von allen Seiten. In Venezuela spricht man inoffiziell seit Oktober 1996 über dieses Thema. Damals veröffentlichte die Zeitung *El Nacional de Caracas* eine Anzeige

<sup>15</sup> „Wenn Kolumbien dies von uns einfordert, werden wir da sein“, hatte Menem dem nationalen Radiosender Argentiniens zu verstehen gegeben. „Wir halten es nicht für angebracht, dass die USA diese Verantwortung alleine übernehmen. Wenn Kolumbien unsere Zusammenarbeit wünscht, damit der Subversion Einhalt geboten werden kann, dann wird Argentinien aus Gründen der Solidarität zur Stelle sein.“ (La Nación, 7. Juni 1999). Was wollte Menem damit erreichen? Seinen ungebremsten Nordamerikanismus erneut unterstreichen oder seine Wiederwahl befördern?

aus dem Innenministerium, wonach paramilitärische Gruppen in der Ortschaft Libertador im Staate Mérida ausgebildet würden. Hierauf versicherte Carlos Castaño, der damalige Chef der Selbstverteidigungsgruppen (AUC), persönlich, dass ihn im Jahr 1999 rund 140 Händler und Viehbesitzer der Regionen Alto Apure, Zulia und Barinas im Angesicht des ständigen Drucks der Guerilla in diesem Grenzgebiet aufgerufen hätten, Selbstverteidigungskommandos einzurichten. Was die Lage in Ecuador betrifft, so reicht es aus, an die vermeintliche oder tatsächliche *Frente Militar de Apoyo Internacional* zu erinnern, welche sich selbst die Ermordung des Delegierten Jaime Hurtado zuschrieb und auf die Unterstützung durch die AUC zählen konnte. Sicher bewiesen ist heute indessen, dass die tatsächlichen Mörder dieses bedeutenden ekuadorianischen Führers der maoistischen Linken aus Kolumbien kamen (El Espectador, 17. März 1999).

## 6. Die Triangulisierung Kolumbiens

Die wachsende Beunruhigung des Weißes Hauses hinsichtlich der Lage in Kolumbien hat ihren Ursprung auch in den hohen Kosten, die die Schließung des Militärstützpunktes Howard in Panama mit sich gebracht hat. Von den Ersatzstützpunkten auf Aruba, Curaçao und in Ecuador aus können lediglich die Hälfte der 15.000 Antidrogenflügeinsätze realisiert werden, die vorher von der Kanalzone aus geflogen wurden (El Espectador, 5. Mai 1999). Da mehr als 80% der Aktivitäten dieses Stützpunktes nach Kolumbien orientiert waren, hat der Truppenverband Süd einen Notfallplan unter dem Namen *Forward Operation Facilities* konzipiert, der ein operatives Dreieck über Kolumbien vorsieht (Cambio 1999).

Am 1. April 1999 wurde zwischen den Vereinigten Staaten und Ecuador ein Abkommen über die Bereitstellung logistischer Möglichkeiten für die US-amerikanische Luftwaffe<sup>16</sup> geschlossen. Mittels dieses Dokuments wird die Einrichtung von Fluggerätschaften auf dem Stützpunkt von Manta genehmigt, die sich aus ca. 200 Militärs und Zivilisten zusammensetzt und über acht Flugzeuge mit max. 140 Flugbewegungen im Monat verfügt, „...um die Ausführung von Aufklärungsflügen, Marinepatrouillen, Sicherheitskommunikation, Erkennungszeichen, Luft- und Früherkennung, Bewachung und Nachschublieferung gewährleisten zu können“.

<sup>16</sup> Die Motive der Regierung Mahuad, die zur Einwilligung in dieses Abkommen führten, wurden in einem geheimen Bericht über die Bewilligung logistischer Möglichkeiten für die Luftwaffe der USA in Manta folgendermaßen dargelegt: (a) die Notwendigkeit der USA, die bis zum 1. Mai 1999 von der Militärbasis Howard in Panama durchgeführten Flugoperationen zu ersetzen; (b) die von Washington eingeräumten Zollvorteile für den Kampf gegen den Drogenhandel; (c) die Gefahr, dass ein negativer Bescheid von den USA und anderen als mangelnde Bereitschaft zur Zusammenarbeit gegen den internationalen Drogenhandel hätte gewertet werden können (Barón 1999).

Wahrscheinlich werden auf diesem Stützpunkt auch kolumbianische Offiziere mitarbeiten. Gemäß der Aussage von Charles Wilhelm, nach seinem Besuch auf dem Militärstützpunkt von Manta im Juli 1999, „...sind die Orte für Stoßtruppmannöver *Localidades de Operaciones de Avanzada* ein wichtiger Zugangsweg in die Karibik und nach Lateinamerika. Dieser stellt für die USA eine effiziente und wirtschaftliche Alternative zur Basis von Howard dar, um entscheidende Missionen gegen den Drogenhandel und das mit ihm verquickte organisierte Verbrechen durchführen zu können“. Er fügte hinzu, dass dies auch von vitalem Interesse sei, um eine weitere regionale Instabilisierung zu verhindern. Ein ähnliches Dokument wie das mit Quito abgeschlossene wurde am 13. April 1999 mit dem Außenminister der Niederlande, J. J. van Aartsen, und der US-amerikanischen Botschafterin in Den Haag, Cynthia Schneider, vereinbart. Hierdurch ermöglichte die niederländische Regierung den nordamerikanischen Truppen den Zugang sowohl über den „...Land- als auch über den Luftweg und die Nutzung gewisser Flughäfen zur Durchführung von Fahndungs- und Überwachungsaufgaben und im Erfolgsfalle zum Verbot des Drogenhandels in der westlichen Hemisphäre“ (Cambio 1999). Nach dem Scheitern der Verhandlungen mit dem venezolanischen Präsidenten, General Hugo Chávez, dessen Land Teil des „operativen Dreiecks über Kolumbien“ sein sollte, erreichten die USA schließlich nur die Genehmigung zur Einrichtung einer Radaranlage im Grenzgebiet von San Fernando de Atabapo. Daraufhin verlagerten die USA ihr Interesse in Richtung Brasilien, um einen ähnlichen Vertrag wie mit Ecuador und den Niederlanden zum Abschluss zu bringen. Die brasilianische Reaktion ist noch ungewiss.

## 7.        **Bewegen wir uns in Richtung einer „Vietnamisierung“ Kolumbiens?**

Befinden wir uns kurz vor der Eskalation des US-amerikanischen Engagements in Kolumbien? Könnte dies mittelfristig gesehen – sollten die Friedensverhandlungen mit den *FARC* abgebrochen werden und der interne Konflikt sich verschärfen – zu einer direkten Intervention führen?

Die erste Frage lässt sich mit einer heute ohne jeden Zweifel bereits absehbaren Steigerung der Militärhilfe Washingtons beantworten. Nach einer kontroversen Diskussion fand der *Plan Colombia* sowohl im US-amerikanischen Senat als auch im Repräsentantenhaus eine überwältigende Mehrheit. Heute schon vergleichen internationale Experten wie der Soziologe Heinz Dieterich den Grad der US-amerikanischen Intervention in Kolumbien mit der Einmischung der USA in El Salvador und Nicara-

gua zwischen 1983 und 1984 und in Vietnam im Jahr 1963. Ist eine weitere Steigerung noch zu verhindern?

Bill Perry, ein republikanischer Lateinamerika-Experte des Zentrums für Internationale und Strategische Studien in Washington, hat in einem Interview mit der Tageszeitung *El Clarín* aus Buenos Aires in Bezug auf die Intervention der USA bekräftigt, dass „...wir uns auf einer von eins bis zehn gemessenen Interventions-Skala bereits auf Niveau zwei befinden. Wir beteiligen uns bei Sicherheitseinrichtungen, Satellitenbildern und Abhörgeräten. Wir unternehmen Aufklärungs- und Erkennungsflüge und bilden darüber hinaus ein Antidrogen-Bataillon aus“. Und er fügt an, dass trotz der wenig überzeugenden Friedenspolitik Kolumbiens kein Sprung ans Ende der Skala bevorstehe. „Von einem Interventionsgrad zwei werden wir zu Niveau drei, vier oder fünf übergehen, d.h. wir werden mehr Ausbilder und Berater schicken, die kolumbianische Armee aufrüsten und die Anstrengungen im Sicherheitsbereich verdoppeln. Wir werden in Kolumbien jedoch nicht einfallen: nicht einmal die Hardliner im Kongress sprechen hiervon“. Der Autor versichert, dass in den USA zukünftig eine Kombination der *good cop and the bad cop policy*, vorherrschen wird, d.h. es wird gleichzeitig Zuckerbrot und Peitsche geben (Barón 1999).

Aus meiner Sicht wird die Politik der USA zumindest kurzfristig den drei bereits genannten Hauptlinien folgen: Erstens wird sich, trotz der zunehmenden Skepsis in wichtigen Washingtoner Kreisen, die Unterstützung für die Friedenspolitik des Präsidenten Andrés Pastrana halten; zweitens ist das Anwachsen der Militärhilfe nicht nur für den Kampf gegen die Drogen, sondern auch für den Kampf gegen die Guerilla bereits heute absehbar; und schließlich wird sich der Druck auf die kolumbianischen Nachbarn weiter verstärken, damit diese ihren Schutzwall um das Land erhöhen.

Es stellt sich weiterhin die Frage, ob diese Verschärfung letztendlich nicht doch noch zu einer direkten Intervention durch das Weiße Haus führen könnte, beispielsweise unter der Regie einer Interamerikanischen Armee.<sup>17</sup> In vielen bekannten Dokumenten der nordamerikanischen Militärführung wird ein solches Szenario im Falle eines drohenden „totalen Staatszusammenbruchs“ für sehr wahrscheinlich gehalten.<sup>18</sup> Der schla-

<sup>17</sup> In diesem Zusammenhang sind die Worte von Thomas Umberg, Vizedirektor des Nationalen Drogenkontrollbüros des Weißen Hauses besonders erhellend: „...die Wahrscheinlichkeit, dass die Vereinigten Staaten eingreifen, ist gleich Null, und dies ist angesichts der aktuellen Dynamik auch richtig. Aber die Möglichkeit einer Intervention ließe sich, im Falle eines terroristischen Übergriffs gegen die USA oder wenn z. B. die *FARC* nordamerikanische Bürger zur Zielscheibe machen würden, nicht ganz abstreiten.“ (La Nación, 24. Juli 1999).

<sup>18</sup> Am beunruhigendsten ist die Tatsache, dass sich nach einer jüngsten Meinungsumfrage in Kolumbien 67% der Befragten positiv gegenüber einer eventuellen militärischen Intervention der USA äußerten. Die Skepsis in Bezug auf den echten Friedenswillen der *FARC* und des *ELN* wie auch die Erbitterung angesichts der zunehmenden politischen Gewalt können als Erklärung hierfür herangezogen werden.

gendste Beweis dafür, dass dieses Szenario durchaus in Erwägung gezogen wird, waren zum einen die mehrfachen offiziellen und inoffiziellen Treffen zwischen Mitgliedern der argentinischen und Delegierten der nordamerikanischen Regierung in Buenos Aires, und zum anderen die Erklärungen des umstrittenen und mittlerweile inhaftierten früheren Sicherheitsberaters der peruanischen Regierung, Vladimiro Montesinos. Der ehemalige Armeehauptmann und Ex-Mitglied des CIA bekräftigte bei einem Treffen des gemeinsamen Kommandos der Streitkräfte in Gegenwart von Präsident Fujimori, dass der CIA die Regierungen Perus und Ecuadors über die Existenz eines Plans zur Bekämpfung der *FARC* von ihren jeweiligen Staatsgebieten aus informiert habe. Die Darstellung des hypothetischen Plans hatte eine enorme Wirkung aufgrund seiner hohen Detailgenauigkeit. Nach diesem Plan kämen Ecuador und Peru zwei Rollen zu: erstens sollten sie die Kontrolle des Drogen- und Waffenhandels an der Grenze verstärken (was heute bereits geschieht) und zweitens Militäraktionen gegen die grenznahen Stützpunkte der *FARC* starten. Diese Aktionen würden quasi „auf Einladung“ der kolumbianischen Regierung erfolgen. Er fügte hinzu, dass der Truppenverband Süd der USA gemeinsam mit dem „Zentrum für Konflikte Schwacher Intensität“, der DEA und dem CIA eine globale Strategie ausarbeitet, um die bewaffneten Gruppen durch eine Schwächung des Drogenhandels finanziell auszutrocknen. Zum Schluss hob er hervor, dass eine hypothetische Intervention sowohl Spähtrupps als auch Schiffsverbände umfassen würde (ca. 120.000 Mann), ausgerüstet mit auf dem Luftwege transportierten Einheiten, zwei Spezialeinheiten der Bodentruppen, drei Marineeinheiten und 200 Flugzeugen vom Typ C-5 und C-141. Diese hätten die Funktion, die militärischen Einheiten der *FARC* in einer Operation von 45 bis 60 Tagen Dauer zu schwächen (La Nación, 25. Juli 1999).

Obwohl diese Interventionspläne in Erwägung gezogen und sogar Treffen zur Bewertung ihrer Machbarkeit abgehalten wurden, glaube ich, dass weder in den USA noch in Lateinamerika eine günstige Stimmung dafür vorherrscht. Daher ist es wahrscheinlich, dass sich die Einmischung Washingtons zukünftig auf weniger heiklen, aber ebenso verschlungenen Pfaden abspielen wird.

## 8. Zusammenfassung

Eine militärische Intervention in Kolumbien ist heute auf zwei Arten denkbar: zum einen als Internationale Intervention aus humanitären Gründen oder zum anderen als von Washington aus geführter Eingriff mittels einer Interamerikanischen Eingreiftruppe. Diese zweite Option ist zu vernachlässigen, da es unter den derzeitigen Umständen wenig

wahrscheinlich ist, dass in Südamerika ein regionaler Konsens zur militärischen Einmischung unter US-amerikanischer Federführung herzustellen ist. Mit der Ausnahme Fujimoris wird es schwierig sein, einen Regierungschef zu finden, der eine solche Initiative unterstützen würde. Wie einige von der Tageszeitung *La Nación* aus Buenos Aires befragte argentinische Diplomaten verlautbaren ließen, hat die fehlende Unterstützung der Pläne Washingtons von lateinamerikanischer Seite dazu geführt, dass das *State Department* keine weiteren Schritte in Richtung einer eventuellen gemeinsamen Intervention unternommen hat und statt dessen auf eine Verstärkung der Militärhilfe und der Zahl der Berater setzt (La Nación, 27. Juli 1999) – d.h. mit anderen Worten auf den bereits genannten *Plan Colombia*.

Ist eine von den Vereinten Nationen abgesegnete humanitäre Intervention ebenfalls auszuschließen? M.E. kommt wenigstens auf kurze Sicht eine solche Möglichkeit nicht in Betracht. Zwar wird auf den Fluren der UNO das Thema mit allen möglichen Kosten und Nutzen immer häufiger diskutiert. Aber im Moment wird der Akzent doch eher auf die Möglichkeiten des Friedensprozesses gesetzt und auf den Beitrag, den die UNO über ihren Sonderbotschafter, den norwegischen Diplomaten Jan Egeland, leisten kann.

Kolumbien befindet sich also am Scheideweg: entweder kommt man bei der Lösung des bewaffneten Konflikts auf dem Wege der Verhandlung weiter – was für das Land das wünschenswerteste und kostengünstigste Szenario darstellt – oder wir werden Zeugen einer schrecklichen Eskalation des internen Brandherdes unter wachsender Beteiligung externer Akteure.

## Literatur

- Baker, P./John A. (1996), State Collapse and Ethnic Violence: Toward a Predictive Model, in: Parameters. US Army War College Quarterly, V. XXVI, Nr. 1, 19-31.
- Balbi, M./Sánchez M. (1999), Fujimori busca distraer la atención, in: El Espectador, 9. 2.
- Barón, A. (1999), El cerco a Colombia, in: Clarín Digital, 1. 8.
- Cambio (1999), Para verte mejor, Nr. 231, 9. – 16. 8., 42f.
- Castañeda, J. (1999), The Colombian Stalemate, in: Newsweek, 19. 4.
- Downes, R. (1999), Poder militar y guerra ambigua: El reto de Colombia en el siglo XXI, in: Análisis Político, Nr. 36, Januar – April 1999, Bogotá.
- El Clarín (1999), Los Estados Unidos y otros amigos deben ayudar a Colombia, 11. 8.
- El Tiempo (1999), FARC, amenaza para la región, 28. 4.
- Gaspar, G. (1998), Panorama de la seguridad regional en 1998, in: Fuerzas Armadas y Sociedad, Jahrg. 13, Nr. 4, Oktober – Dezember, Santiago de Chile, 3.
- La Nación (1999), Colombia: gestión de EE.UU. en la Argentina, 3. 8.
- Marcella, G./Schulz, D. (1999), Colombia's Three Wars: U.S. Strategy at the Crossroads, Carlisle, Strategic Studies Institute, U. S. Army War College.



- Pécaut, D. (1999), Colombie, un désastre annoncé, in: *Le Monde*, 22. 5.
- Ramírez, S. (1994), El intervencionismo en la posguerra fría, in: *Análisis Político*, Nr. 21, Januar – April.
- Rohter, L. (1999): Entre el narcotráfico y la guerrilla in: *La Nación*, 12. 8.
- Shifter, M./Herrera, A. (1999), Colombia no es Kosovo, in: *La Nación*, vom 12. 8.
- Tokatlián, J. (1999), Guerra interna, injerencia externa, in: *Desafíos*, Nr. 1, Bogotá.
- Zackrisson, J./Bradley, E. (1997), Colombian Sovereignty under Siege, in: *Strategic Forum*, National Defense University, Nr. 12, Mai.